

3521/J XX.GP

der Abgeordneten Pollet-Kammerlander, Freundinnen und Freunde
an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten
betreffend entwicklungspolitische Auswirkungen des Multilateral Agreement on Investment
(MAI)

Seit mehr als zwei Jahren wird von den OECD-Ländern das Multilateral Agreement on Investment (MAI) ausgehandelt, dessen Ziel der Schutz und die Liberalisierung ausländischer Investitionen ist. Laut OECD ist das MAI „der erste Versuch, in einem internationalen Abkommen multilaterale Verpflichtungen zu schaffen, welche den Schutz von Investitionen, die Liberalisierung und Investitionstätigkeit und verpflichtende Streitbeilegungsmechanismen kombiniert“. Es zielt auf die „Eliminierung von Rahmenbedingungen, welche internationale Investitionsflüsse stören könnten“. Investoren soll zumindest „nationale Behandlung“ und ein „Meistbegünstigungsstatus“ gewährt werden. Multinationale Unternehmen sollen auch das Recht erhalten, Staaten auf die Einhaltung der MAI-Bestimmungen zu klagen und Schadenersatz zu verlangen. Die Staaten verpflichten sich, dem Urteil des MAI-Schiedsgerichtes Folge zu leisten. Da „Investitionen“ vom MAI extrem weit definiert werden, (u.a. fallen auch geistiges Eigentum, Grund und Boden, indirekte Investitionen wie Beteiligungen darunter) wird nahezu die gesamte Ökonomie eines Landes prinzipiell von den MAI-Bestimmungen erfaßt.

Nach Ansicht von Kritikern stellt das MAI eine neoliberalen Verschärfung der NAFTA-Bestimmungen (Nordamerikanisches Freihandelsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko) dar und ist der Versuch ihrer Ausdehnung auf den ganzen Globus. Kritisiert wird vor allem auch, daß die Verhandlungen bisher fernab jeder Öffentlichkeit erfolgten und daß die Machtverschiebung zugunsten multinationaler Unternehmen und ihre Auswirkungen auf die Lebenswelt politisch nicht diskutiert werden.

Das angestrebte Abkommen wird auch Nicht-OECD-Mitgliedstaaten und damit insbesondere den Entwicklungsländern zum Beitritt offenstehen. Diese selbst sind jedoch in die laufenden Verhandlungen nicht eingebunden und können daher keinen Einfluß auf den Inhalt des Abkommens nehmen. Es ist zu erwarten, daß auf die Entwicklungsländer gehöriger Druck ausgeübt werden wird, sie nach dem Abschluß der Verhandlungen zum Beitritt zu bewegen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Sind Sie in die Verhandlungen über das MAI eingebunden und welche Vorschläge wurden von Ihrer Seite eingebracht?
2. Warum sind die Entwicklungsländer nicht in die laufenden Verhandlungen miteingebunden?
3. Gibt es Analysen über die Auswirkungen der MAI-Bestimmungen auf die Entwicklungsländer? Wenn ja, welche?
4. Was werden Sie unternehmen, daß in diesem Vertragswerk auch Beschwerderechte von Menschen, Gemeinschaften und Staaten gegenüber multinationalen Unternehmungen eingeführt werden hinsichtlich der Einhaltung ökologischer und sozialer Mindeststandards?